

Kurz berichtet

S-21-Gutachten soll Kosten und Zeitplan klären

STUTTGART (lsw) - Die Deutsche Bahn lässt die Kosten und den Zeitplan für das umstrittene Großprojekt Stuttgart 21 (S 21) von Gutachtern überprüfen. Das kündigte Infrastrukturvorstand Ronald Pofalla am Freitag nach einer Sitzung des Lenkungskreises an. Im Dezember soll ein Ergebnis vorliegen. Bislang sei ein Terminverzug von 24 Monaten im Projekt entstanden, der sich trotz vielfältiger Anstrengungen nicht grundlegend reduziert habe. Die Verzögerungen wären länger bekannt. Offiziell hatte das Staatsunternehmen immer erklärt, dass es an dem Ziel festhalte, S 21 und die Neubaustrecke Wendlingen-Ulm im Dezember 2021 in Betrieb zu nehmen. Pofalla äußerte sich auf Nachfrage nicht zu möglichen Daten zur Fertigstellung. Er verwies nun auf das Gutachten. Der baden-württembergische Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) sagte: „Es ist dringend notwendig, dass wir bald Klarheit haben.“ Es bestehe die Gefahr, dass die Neubaustrecke und der neue Durchgangsbahnhof zu unterschiedlichen Terminen fertiggestellt werden. Der Stuttgarter Oberbürgermeister Fritz Kuhn (Grüne) sagte, Klarheit sei bei solch einem umstrittenen Projekt eine eigene demokratische Qualität. Die Bahngegner vom Aktionsbündnis gegen S 21 kritisierten: „Kosten und Termine des verkehrlich unnötigen und schädlichen Projekts laufen offensichtlich immer mehr aus dem Ruder.“ Der Kostenrahmen für den neuen Tiefbahnhof und die Tunnelstrecken in und um Stuttgart liegt bei 6,5 Milliarden Euro. Kritiker halten eine Steigerung auf bis zu zehn Milliarden Euro für möglich.



Ronald Pofalla
FOTO: DPA

Vermisste Memmingerin tot aufgefunden

MEMMINGENBERG (lby) - Die vermisste 35 Jahre alte Frau aus Memmingen ist tot. Es spreche vieles dafür, dass sie Opfer eines Verbrechens geworden ist, sagten Sprecher von Polizei und Staatsanwaltschaft. Die Leiche sei in der Nacht von Donnerstag auf Freitag im benachbarten Memmingerberg von Ermittlern ausgegraben worden, teilte die Polizei am Freitag mit. Gegen zwei 50 und 59 Jahre alte Verdächtige ordnete eine Richterin Untersuchungshaft an. Sie sind mit der Frau verwandt. Entdeckt worden war die Leiche unter der Erde in einem Industriegebiet. Wo die Syrerin, die mit ihrer Familie bereits seit Jahren in Deutschland lebte, umgebracht wurde, sei noch unklar, sagte der Polizeisprecher.

Postkartenräuber wird an Österreich ausgeliefert

FELDKIRCH (sz) - Der sogenannte Postkartenräuber wird von Deutschland an Österreich ausgeliefert. Das teilte der Feldkircher Staatsanwalt Heinz Rusch der „Neuen Vorarlberger Tageszeitung“ mit. Der 54-jährige Tiroler werde aber erst nach Abschluss des deutschen Strafverfahrens überstellt. Dem Mann aus dem Bezirk Landeck werden elf Überfälle auf Bank- und Postfilialen in Österreich sowie drei weitere Banküberfälle in Opfenbach und Heimenkirch (beide Landkreis Lindau) zur Last gelegt. Er wurde Postkartenräuber genannt, weil er der Polizei per Postkarte weitere Überfälle angekündigt hatte.

Prüfung von Registrierkassen bringt Millioneneinnahmen

STUTTGART (lsw) - Die verstärkte Suche nach manipulierten Registrierkassen hat dem Fiskus im Land nach Informationen der „Stuttgarter Nachrichten“ im vergangenen Jahr zusätzliche Steuereinnahmen von 9,4 Millionen Euro eingebracht. Das sei fast dreimal so viel wie im Jahr zuvor. Das Finanzministerium führt den Anstieg der Zeitung zufolge darauf zurück, dass mehr Beamte eine Fortbildung zum Kassensystem-Prüfer absolvierten. Durchschnittlich hätten die 60 spezialisierten Prüfer pro kontrolliertem Betrieb rund 24 500 Euro eingebracht.

AfD und SPD vertagen Streit um Ausschussvorsitz

STUTTGART (lsw) - In ihrem Streit um die Zahl der Vorsitz in Landtagsausschüssen wollen AfD und SPD weitere Gespräche führen. Ein Treffen des AfD-Fraktionschefs Jörg Meuthen mit seinem SPD-Kollegen Andreas Stoch verlief am Freitag zunächst ohne Ergebnis. Die Gespräche sollten aber fortgesetzt werden, sagte ein AfD-Sprecher. Im Landtag gibt es zwölf Fachausschüsse. Hintergrund des Gerangels ist, dass die SPD den Vorsitz in drei Ausschüssen hat und die AfD nur in einem. Beide Parteien haben eigentlich Anspruch auf je zwei Ausschussvorsitze. Durch die zeitweise Spaltung der AfD-Fraktion war diese aber dann nicht mehr stärkste Oppositionsfraktion, sondern die SPD. An diese ging dann die Führung des Finanzausschusses, der traditionell von der stärksten Oppositionsfraktion besetzt wird.

Wie Qualität von Kliniken gemessen wird

Bund entwickelt neue Kriterien, doch Baden-Württemberg will sie nicht anwenden

Von Katja Korf

STUTTGART - Wie gut arbeitet ein Krankenhaus? Geht es nach der Bundesregierung, soll die Antwort auf diese Frage künftig eine größere Rolle spielen. Abteilungen mit vielen Komplikationen könnten sogar geschlossen werden. Doch Baden-Württemberg will die neuen Möglichkeiten nicht nutzen. Der Grund: Das Sozialministerium hält die Kriterien, anhand derer die Qualität von Krankenhäusern gemessen wird, für umstritten. Das sehen Krankenkassen und Gesundheitsexperten anders.

Bereits seit mehr als zehn Jahren müssen Kliniken Zahlen und Fakten aus ihrer Arbeit vorlegen. Wie verlaufen Operationen, welche Behandlungen wählen Ärzte und was ist das Ergebnis? Zu solchen Fragen müssen sie Daten an die Geschäftsstelle Qualitätssicherung im Krankenhaus (Ge-QiK) übermitteln. Diese überwacht im Auftrag der Krankenkassen, Kliniken und Ärzte, wie gut Krankenhäuser arbeiten. Sie wertet die Daten aus. Gibt es Unstimmigkeiten, müssen die Kliniken Stellung nehmen. Sie können zu Beratungsgesprächen mit externen Experten oder einer genaueren Dokumentation ihrer Arbeit verpflichtet werden. Nach Angaben der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft (BWKG) werden jährlich rund 50 000 Datensätze übermittelt, 2000 waren auffällig, bei 150 stieg man in konkrete Gespräche über Qualitätsprobleme ein.

Kriterien für alle Fächer geplant

Doch ab 2018 könnten härtere Konsequenzen drohen. Der gemeinsame Bundesausschuss (GBA) hat neue Maßstäbe zur Qualitätsmessung entwickelt. In dem Gremium sitzen Kassen, Ärzte, Kliniken und andere Verbände des Gesundheitswesens. Elf Indikatoren haben die Experten bereits erarbeitet. Sie decken allerdings nur einige Bereiche ab, nämlich gynäkologische Operationen, Geburtshilfe und Brustchirurgie. Beispiel Geburtshilfe: Bei Frühgeburten sollte immer ein Kinderarzt anwesend sein. Ist dies in einer Klinik häufiger als bei jedem zehnten Fall nicht so, wäre das ein Nachweis für fehlende Güte. Weitere Kriterien für die übrigen medizinischen Fächer sollen folgen.

Die scheidende Bundesregierung empfiehlt den Ländern nun Folgendes: Reißt ein Krankenhaus einmal



Um die Qualität in Kliniken zu sichern, sollen Mängel nach dem Willen des Bundes mit schärferen Sanktionen belegt werden – doch die Landesregierung ist skeptisch.

FOTO: DPA

oder gar mehrfach die Qualitätshürden, können Gelder gekürzt oder ganze Abteilungen geschlossen werden. Denn das Land ist für die Krankenhausplanung zuständig, verteilt also Mittel und genehmigt den Betrieb. Anders als etwa Hamburg will Baden-Württemberg das Verfahren aber nicht anwenden. „Die vom Bund definierten Qualitätsvorgaben können aber dazu führen, dass einzelne Fachabteilungen, die für die Gesundheitsversorgung relevant sind, geschlossen werden müssen“, warnt ein Sprecher von Sozialminister Manfred Lucha (Grüne). Gerade dort, wo Patienten jetzt schon lange Wege zu einer Klinik auf sich nehmen müssen, wäre das aus seiner Sicht ein großes Problem. Ähnliches befürchtet auch der Koalitionspartner CDU. Man solle die Kriterien des Bundes nicht einfach übernehmen, sagt deren gesundheitspolitischer Sprecher Stefan Teufel. „Wir müssen genau schauen, dass Bürger in allen Landesteilen Zugang zu einer guten medizinischen Versorgung haben.“

Der FDP-Gesundheitsexperte Jochen Haußmann hält die Entscheidung dagegen für übereilt. „Es ist schon fast überheblich, dieses vom Bund empfohlene Verfahren einfach so abzutun.“ Die Qualitätskriterien des GBA hält er für durchaus sinnvoll. „Man sollte das ernsthaft prüfen, alles andere halte ich für falsch.“ Der Landeschef der Techniker Krankenkasse Andreas Vogt ist ein entschiedener Verfechter des neuen Ansatzes: „Bei der Frage, ob ein Krankenhaus gesetzlich versicherte Patienten behandeln darf, sollte eine wichtige Rolle spielen, wie gut die medizinischen Ergebnisse sind.“

Kontraproduktives Vorhaben?

Die Kliniken selbst sind eher skeptisch. Matthias Einweg, Chef der BWKG: „Schon jetzt ist Qualität ein wichtiger Faktor bei der Krankenhausplanung.“ Die Krankenhäuser in Baden-Württemberg leistete in diesem Bereich bereits mehr als gesetzlich vorgeschrieben. So dokumentieren sie etwa auch Fälle aus Bereichen, in denen es der Bund nicht vorschreibt. „Das neue Verfahren könnte sogar kontraproduktiv sein“, mahnt Einweg. Bislang setze man auf

Dialog mit den Kliniken. Diese seien meistens von selbst motiviert, Fehler abzustellen. Müsstest diese nun aber Sanktionen befürchten, könne sich das ändern.

Das alte Verfahren habe viel geleistet, räumt Regina Klakow-Franck vom GBA ein. Aber es sei zu schwerfällig und werde der modernen Medizin nicht mehr gerecht. „Wir wissen derzeit nicht, wie gut unsere Krankenhäuser wirklich sind.“ Das neue Verfahren biete außerdem die Chance der „Marktbereinigung“ anhand von Qualitätskriterien – sprich, schlecht funktionierende Kliniken zu schließen. Das wiederum könnte nach Lage der Dinge vor allem Häuser mit wenigen Betten treffen. Denn zahlreiche Studien zeigen: Häuser, die wenige Operationen oder Behandlungen durchführen, erzielen schlechtere Ergebnisse als größere Abteilungen mit vielen Patienten.

Auch Sozialminister Lucha will bestimmte Leistungen an großen Kliniken bündeln. Doch er will sich nicht durch Vorgaben des Bundes sagen lassen, wo und wann.

Fiechtner in Feierlaune

Umstrittener AfD-Abgeordneter gewinnt vor Gericht gegen seine eigene Partei – und kostet seinen Sieg bei einem Sekttempfang aus

Von Ulf Mauder

STUTTGART (lsw) - Die AfD-Landtagsfraktion hat ihrem Abgeordneten Heinrich Fiechtner ein Redeverbot erteilt und ihn aus zwei Ausschüssen abgezogen. Zu Unrecht, urteilte der Verfassungsgerichtshof am Freitag. Fiechtners Streit mit seiner Fraktion geht aber weiter.

Erleichtert spricht Fiechtner nach dem Urteil von Sektlaune, seine Augen sind feucht vor Freude, der Daumen zeigt hoch – eine Stimmung wie Weihnachten und Geburtstag zusammen, sagt er. Der Präsident des Verfassungsgerichtshofes, Eberhard Stolz, hat die von der Fraktion gegen den 57-Jährigen verhängten Sanktionen für Unrecht erklärt. Stolz rügt, der Abgeordnete sei in seinen Freiheiten verletzt worden.

Niemand, der nicht auf Parteilinie sei, dürfe auf diese Weise unter Druck gesetzt oder gar bestraft werden. Stolz kritisiert besonders Verfahrensfehler der AfD im Umgang mit Fiechtner. Er betont aber auch, dass jeder Abgeordnete sich in einem Spannungsfeld zwischen der „Freiheit des Mandats“ und der Fraktionsdisziplin befinde. Stolz verweist deshalb nicht zuletzt auf die Möglichkeiten, wie eine Fraktion einen Abgeordneten loswerden kann. Durch einen Ausschluss etwa.

Das Verfahren dazu hat die AfD bereits in die Wege geleitet gegen Fiechtner. Es liegt auf Eis. Im Gerichtssaal scheint Vize-Fraktionschef Rüdiger Klos eher in Katerstim-

mung zu sein, während Fiechtner im Siegesrausch zum Sekttempfang einlädt. Klos verzichtet und betont trocken, der Richter habe vor allem formale Fehler bei der AfD kritisiert. So wurde Fiechtner beispielsweise nicht angehört vor dem Rauswurf aus den Ausschüssen. Dass der Politiker wieder im Innenausschuss für seine Partei sprechen wird oder im Ausschuss zum rechtsterroristischen Nationalsozialistischen Untergrund, ist mit dem Urteil nicht gesagt.

Seit Langem ist Fiechtner auch außerhalb der Fraktion umstritten. Zur Vielzahl seiner politischen Niederlagen in diesem Jahr gehörte auch, dass ihm die AfD-Kreisverbände Sigma-

ringen und Zollernalb die Kandidatur zur Bundestagswahl entzogen.

Die AfD werde den Richterspruch analysieren und dann beraten, wie es mit Fiechtner weitergeht, sagt Fraktionsvize Klos. Manch einer setzt dem Vernehmen nach darauf, dass Fiechtner nun vielleicht mit dem Gefühl des richterlichen Rückenwindes in der AfD erst Recht auftrumpft – und damit einen raschen Rauswurf aus der Fraktion provoziert. Zwar besteht der Arzt darauf, in der mit noch 21 Mitgliedern stärksten Oppositionsfraktion zu bleiben. Aber er wäre nicht der Erste, der sie verlässt.

Schon zwei Abgänge

Erst musste der wegen Antisemitismusvorwürfen in Bedrängnis geratene Wolfgang Gedeon gehen. Im Dezember 2016 trat die Abgeordnete Claudia Martin aus Fraktion und Partei aus, nachdem sie einen Rechtsruck beklagt und diesen an AfD-Fraktionschef Jörg Meuthen festgemacht hatte. Auch Fiechtner schlug mit ähnlichen Vorwürfen schon in diese Kerbe.

Meuthen, der nach dem Austritt seiner Co-Vorsitzenden Frauke Petry, auch die Bundespartei alleine führt, war während des Richterspruchs auf dem Weg in einen Kurzurlaub. Er hatte nicht nur einmal den Wunsch geäußert, Fiechtner möge zur Fraktionsdisziplin zurückkehren. Nach diesem Urlaub steht am 7. November eine Fraktionssitzung an, bei der wohl auch über den Umgang mit Fiechtner beraten werden dürfte.



Gute Laune und ein Foto fürs Album: Der AfD-Politiker Heinrich Fiechtner hat seine eigene Partei verklagt – und gewonnen. FOTO: DPA

ANZEIGE



TREUEPRÄMIE DER WOCHE:

FISKARS Unkrautstecher „SmartFit Teleskop“
Maße: ca. B32 x L100 cm, Teleskopstiel
Nur für Abonnenten, die uns 10 Jahre und länger treu sind.

Die heutigen Gewinn-Nummern:

4150689
4182641
4173390



Bei Übereinstimmung einfach bis zum 02.11. anrufen oder mailen:
0751 2955-5555
Mo bis Fr von 7 bis 18 Uhr, Sa von 8 bis 12 Uhr
lesertreue@schwaebische.de



Schwäbische Zeitung

Gegründet 1945
Erscheinungsweise: Werktäglich - Erscheinungsorte: Aalen, Biberach, Ehingen, Ellwangen, Friedrichshafen, Lachingen, Laupheim, Leutkirch, Lindau, Markdorf, Meßkirch, Pfullendorf, Ravensburg, Riedlingen, Bad Saulgau, Sigmaringen, Spaichingen, Tettnang, Trossingen, Tuttlingen, Ulm, Bad Waldsee, Wangen.

Redaktion
Chefredakteur: Dr. Hendrik Groth (verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Yannick Dillinger (digital), Andreas Müller, Mitglied der Chefredaktion: Jochen Schlosser;
Politik: Claudia Kling; Wirtschaft: Benjamin Wagener;
Journal/Kultur: Barbara Miller; Sport: Filippo Cataldo;
Beilagen/Wochenende: Dirk Uhlenbruch;
alle 88212 Ravensburg, Karlstraße 16

Redaktion Stuttgart: Kara Ballarin, Katja Korf
Redaktion Berlin: Sabine Lenartz
Regionalreporter Allgäu/Bodensee: Uwe Jaub

Korrespondenten in Washington, Moskau, Paris und Brüssel.

Druck: Druckhaus Ulm-Oberschwaben GmbH & Co. KG, Weingarten und Ulm

Verlag
Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler
Karlstraße 16, 88212 Ravensburg
Telefon 0751 / 2955-0; Telefax 0751 / 2955-991499
Anzeigentelefon 0751 / 2955-99139
Geschäftsführer: Dr. Kurt Sabathil

Verlagsdirektor: Michael Meyer-Böhm
Verantwortlich für Anzeigen: Reinhard Hofer
Marketing und Vertrieb: Ronald Koppelt
Zustellung und Logistik: Alexander Bachmann
Zeitungsproduktion: Klaus Zellmer
Chef vom Dienst: Bernd Schebitz

Für Anzeigen und Beilagen gelten die Geschäftsbedingungen der Preisliste Nr. 69 vom 11.2017. Für den Inhalt der Lokaltitel sind die Lokaldirektoren und die lokalen Anzeigenleiter verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Falls durch Eintritt höherer Gewalt, bei Streik oder Aussperrung keine Zeitung geliefert werden kann, ist eine Entschädigung ausgeschlossen.

Abonnenten-Service: Telefon: 0751 / 29 555 555
Telefax: 0751 / 29 555 556
E-Mail: aboservice@schwaebische.de
E-Mail: redaktion@schwaebische.de

Kommentar

Von Ulrich Mendelin



Keine Chance auf Milde

Der Auftritt der AfD im Fall Fiechtner ist erschreckend unsouverän. Hätte eine andere Partei einem Abgeordneten einen Maulkorb verpasst, weil dieser in einer Sachfrage von der Parteilinie abweicht – die AfD hätte dies als verachtenswertes Vorgehen einer „Altpartei“ angeprangert.

Auffällig ist auch: Jene Abgeordneten, die selbst innerhalb der AfD rechts außen stehen, können in Fraktion und Partei stets mit Milde rechnen. Davon hatte auch Fiechtner profitiert, als er einst den Koran mit Hitlers „Mein Kampf“ in Zusammenhang brachte oder den Stuttgarter Oberbürgermeister als „mieses faschistoid-populistisches Scharfmacher“ bezeichnete. Mit einer Entschuldigung war es damals gut, ein Ausschlussverfahren wurde eingestellt.

Nun aber, da der Mediziner Fiechtner eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge forderte, trifft ihn der Bannstrahl. Über den Zustand der AfD sagt das mehr als jedes Parteiprogramm.

u.mendelin@schwaebische.de